



REGION



Ispringen ist die neue Heimat von (von links) Nagibullah Sharifi aus Afghanistan und Masaneh Makalo und Aliou Daffeh aus Gambia. Nun droht Makalo die Abschiebung nach Westafrika.

FOTO: KETTER

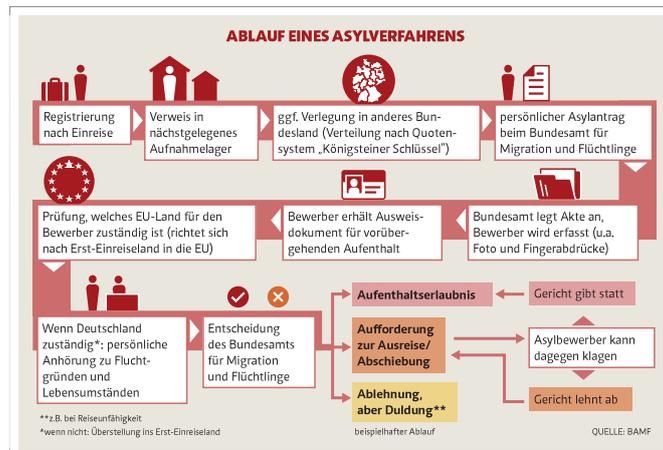
Weg in eine ungewisse Zukunft

- Flüchtlinge warten auf Entscheidung im Asylverfahren.
- Ehrenamtliche Helfer in Ispringen fühlen sich von Behörden nicht gehört.

JULIA FALK | ISPRINGEN

Masaneh Makalo ist seit fast zwei Jahren in Deutschland. In Ispringen hat der gebürtige Gambier ein neues Zuhause gefunden. Jetzt soll der 21-Jährige zurück in den westafrikanischen Staat, aus dem er Anfang 2015 geflohen ist. Vor zwei Wochen bekam Makalo seinen Abschiebebescheid. Eigentlich sollte er Ispringen innerhalb von 30 Tagen verlassen, doch er geht gerichtlich gegen die Entscheidung vor. Ehrenamtliche Helfer aus Ispringen stärken ihm dabei den Rücken.

Zurzeit hat der Enzkreis rund 1425 Asylsuchende vorläufig in Unterkünften untergebracht. Davon sind 500 Personen sogenannte Fehlbeleger, wie sie in der Behördensprache heißen. Das sind Zuwanderer, die eine Bleibeperspektive haben. Sie wechseln aus den Sammelunterkünften in die Anschlussunterbringungen, für die die Kommunen zuständig sind. Die meisten Flüchtlinge im Enzkreis kommen laut Landratsamt aus Afghanistan – rund 31



Prozent. Mit Zuwanderern aus Syrien (25 Prozent) und dem Irak (23 Prozent) machen diese drei Länder insgesamt rund 80 Prozent der Flüchtlinge im Kreis aus. Nur drei Prozent der Asylsuchenden kamen aus Gambia hierher.

Verfeindete Stämme

Einer von ihnen, ein junger Gambier in Karisbad, hatte Glück: Er erhielt in Spielberg Kirchenasyl (die PZ berichtete). Dass sie hier bleiben möchten, machten auch Makalo und die anderen Gambier

in Ispringen kürzlich in einem Gespräch mit der PZ deutlich. Zwar habe es in ihrem Land einen Machtwechsel gegeben, die verfeindeten Stämme gebe es aber immer noch.

Es sind ungewisse Zeiten für den jungen Westafrikaner. Die Helfer vom Freundeskreis Asyl in Ispringen fühlen sich übergangen. „Wir werden nicht gefragt“, sagt Peter Gloede, „es ist eigentlich völlig egal, wie die Flüchtlinge sich hier aufführen.“ Auch Freundeskreis-Vorsitzende Ingrid Vogt ver-

steht die Entscheidung nicht. „Sie sollen sich integrieren, wenn sie das dann tun, werden sie trotzdem abgeschoben.“ Dabei sei in den vergangenen zwei Jahren sehr viel in die Flüchtlingsarbeit investiert worden. „Hier hat sich ein eigenes System aus Sprachkursen und Unterstützung aufgebaut“, sagt Vogt.

Makalo verließ Gambia 2015. Er floh übers Mittelmeer nach Italien. Dort wurden seine Fingerabdrücke genommen und eine Unterschrift gefordert. Was er damals unterzeichnet hat, weiß der West-

afrikaner bis heute nicht. In Italien sei es ihm nicht gut gegangen, erzählt Makalo, zeitweise habe er auf der Straße gelebt. Er setzte seine Flucht im August 2015 fort. In Ispringen ist er vorläufig untergebracht, nimmt Deutschunterricht und hat ein Praktikum in einem Hotel in Bad Herrenalb gemacht. Der Betrieb würde ihm gerne eine Ausbildung ermöglichen.

Gang vor Gericht

Nach Makalos Anhörung beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in Karlsruhe wurde entschieden, dass seine Fluchtgründe nicht dafür ausreichen, in Deutschland zu bleiben. Er hat gegen den Abschiebebescheid Einspruch beim Verwaltungsgericht Karlsruhe eingelegt.

Als „unmenschlich“ bezeichnen die Ispringer Ehrenamtlichen die lange Zeit des Wartens auf solche Entscheidungen. Nagibullah Sharifi aus Afghanistan etwa hatte vor mehr als vier Monaten seine Anhörung. Bis heute weiß er nicht, ob er bleiben darf, dabei will er nichts mehr, als seine Frau und die beiden Kinder nach Ispringen nachzuholen. „Afghanistan ist kein sicheres Land“, sagt er, „wenn du morgens zur Arbeit gehst, weißt du nicht, ob du wieder zurückkommst oder ob dein Haus noch stehen wird.“ Auch Aliou Daffeh wartet noch auf eine Entscheidung. Der 19-jährige Gambier kam vor zwei Jahren als unbegleiteter minderjähriger Flüchtling nach Ispringen.

Schweickert attackiert Bund für Fehler bei A8-Ausbau

Beim nachträglichen Lärmschutz lässt das Bundesverkehrsministerium aus Sicht des Landtagsabgeordneten die Remchinger Bürger im Stich

RALF STEINERT | REMCHINGEN

Massive Kritik übt der Landtagsabgeordnete Erik Schweickert (FDP) am Bundesverkehrsministerium, das nun endgültig nachträgliche Verbesserungen des Lärmschutzes für die Bewohner an der A8 in Remchingen ablehnt hat, wie die PZ bereits berichtete. „Die Haltung von Staatssekretär Norbert Barthle (CDU) vom Bundesverkehrsministerium muss auf die

Remchinger Bürger wie blanker Hohn wirken“, sagt Schweickert. Der Bund verschanze sich in der Stellungnahme an die Gemeinde und die Bürgerinitiative „Ruhe jetzt“ hinter Paragraphen und lasse die „Remchinger Bürger mit dem Lärm auf sich gestellt zurück“.

Die Forderungen der A8-Anwohner, Lärmschutzeinrichtungen nachzubessern, seien „vollkommen berechtigt“. Die tatsächliche Lärmbelastung für die Remchinger Bürger sei „viel größer, als

diese im Planfeststellungsverfahren 2004 und dem Beschluss 2006 ausgewiesen wurde“. Wie die PZ berichtete, ergab eine neue schalltechnische Untersuchung, die der Bund 2014 genehmigte, ganz erhebliche Überschreitungen der nächtlichen Grenzwerte – an 62 Gebäuden in Darmsbach und 225 Häusern in Nöttingen.

Die Darstellung des Bundesverkehrsministeriums, es seien als freiwillige Leistung des Bundes passive Lärmschutzmaßnahmen,

wie beispielsweise Lärmschutzfenster oder Lüfter nachgerüstet worden, hat sich aus Schweickerts Sicht nicht bestätigt. Die Bürgerinitiative habe ihm erklärt, sie kenne „keinen Bürger, bei dem dies nicht abgelehnt worden ist“.

„Das Verkehrsministerium macht es sich auf Kosten der Betroffenen viel zu leicht. Dass Fehler gemacht wurden, ist offenkundig und wurde eingeräumt“, so der FDP-Politiker. Der Lärm von der A8 belaste viele Remchinger Bür-

ger: „Dort müssen die notwendigen Nachbesserungen beim aktiven Lärmschutz vorgenommen werden.“ Wenn die Bürger Fehler machten, dann müssten sie vor dem Staat dafür geradestehen. Wenn aber der Staat nachgewiesenermaßen Fehler mache, dann schauten die Bürger in die Röhre.

Bitter für die Bürgerinitiative: Sie deckte zahlreiche Fehler der Planer auf, der Bund ging jedoch nicht einmal auf die wichtigsten Forderungen ein.